

20.05.2006

Gewalt in den Gemeinden: Landkreis in der Pflicht

Hauptausschuss für überörtliche, aufsuchende Jugendsozialarbeit / Stadt Abensberg richtet „runden Tisch“ ein

VON MANFRED FORSTER

ABENSBERG. Die Stadt richtet einen „runden Tisch“ für ein gewaltfreies Abensberg ein. Gleichzeitig wird der Landkreis aufgefordert, ein Konzept für aufsuchende Jugendsozialarbeit zu entwickeln. Diese Beschlüsse fasste der Hauptverwaltungsausschuss am Donnerstag. Berücksichtigt sind darin die Erfahrungen von Fachleuten, wonach das Problem gewalttätiger Jugendlicher nicht das einer einzelnen Gemeinde sei sowie Vorschläge von SPD und CSU/JU.

Hatte es zunächst so ausgesehen, dass sich die verschiedenen Seiten eher in der Erörterung von Formalien – wie gehört ein Antrag richtig formuliert? – ergehen, fand das Gremium dann doch recht zügig einen Konsens zwischen dem sozialpädagogischen Konzept gegen Gewalt, das die SPD nach einer öffentlichen Gesprächsrunde erstellt hatte und dem Antrag der JU, die einen „runden Tisch“ einrichten wollte.

Thema auch im Schulverband

Die SPD sprach von „Vernetzung der verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten gegen Ge-

walt.“ Beschlossen wurde, einen „runden Tisch“ einzurichten, an dem Vertreter aus Politik, Verwaltung, Schulen, Elterninitiative etcera vertreten sein sollen. Bereits Anfang Juli soll sich der Runde Tisch konstituieren. Edwin Zink, Heilerziehungspfleger am BBW und laut eigener Aussage Experte in Sachen Gewaltvermeidung, saß neben Vertretern der Elterninitiative gegen Gewalt im Publikum und bot sich an, als Fachmann an dem runden Tisch mitzuwirken.

Die Forderung der SPD nach schulsozialpädagogischen Maßnahmen am Schulstandort Abensberg verwies der

Ausschuss in den Schulverband. Der ist laut Bürgermeister Dr. Uwe Brandl das richtige Gremium. Außerdem solle das Thema auch in Anwesenheit der Schulleiter besprochen werden.

Vertreter des Vereins KAI, der die Ganztagesbetreuung an der Hauptschule inne hat, und Jugendbetreuerin Katrin Koller-Ferch waren als Fachleute an den Ratstisch gebeten worden.

KAI-Geschäftsführer Robert Faltermeier forderte dazu auf, „einen Horizont zu entwickeln, dass Schulsozialarbeiter notwendig sind“. Thomas Schug (SPD) schlug vor, Vertreter der

Realschule und des Sachaufwandsträgers zu der Schulverbandssitzung zu laden.

In die Pflicht nehmen, wie es Markus Stiegler, Projektleiter der KAI-Ganztagesbetreuung ausdrückte, müsse man den Landkreis in einem anderen Punkt. Stiegler sprach die überörtliche Einrichtung von aufsuchender Jugendarbeit an.

Tendenz: Kampfsaufen

Aufsuchende Jugendarbeit macht laut Stiegler – er war zwei Jahre Streetworker in Ingolstadt – nur Sinn, „wenn man da auch mal nach Neu-

stadt oder nach Saal fahren kann.“ Seiner Ansicht nach handelt es sich in Abensberg um ein „sehr schwierig einzuschätzendes Milieu“. Es gebe hier nicht die typische Gruppenbildung. Es seien eher die „allgemeinen Tendenzen Kampfsaufen und Schaden anrichten“ zu erkennen. Was die Einrichtung aufsuchender Jugendsozialarbeit angeht, warnte Stiegler vor zu großer Erwartungshaltung. „Man darf sich nicht der Illusion hingeben, dass nach zwei Jahren eine Statistik auf dem Tisch liegt, das so und so viele Straftaten verhindert wurden.“

Kreisjugendring ansprechen

Einig war sich das Gremium schließlich, dass das Thema aufsuchende Jugendsozialarbeit ein Thema ist, dem sich der Landkreis stellen müsse. „So schnell als möglich aktiv werden“, schlug Fachmann Stiegler vor. Laut Bürgermeister Dr. Uwe Brandl lautet die Forderung an den Kreis, ein sozialpädagogisches Konzept landkreisweit zu organisieren.

CSU-Vorsitzender Bastian Bohn: „Wir unterstützen die Aufforderung der SPD, in dieser Sache an den Kreisjugendring heranzugehen.“ Laut KAI-Geschäftsführer Robert Faltermeier gibt es einen „runden Tisch“ zum Thema Gewalt, den der Landkreis ins Leben gerufen hat. „Das wäre das Gremium“, sagte Faltermeier.

Security sorgt wieder für Ordnung

mf. Ab Juni werden an den Wochenenden abends wieder zwei Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes in Abensberg patrouillieren. Das hat der Hauptverwaltungsausschuss in seiner Sitzung am Donnerstag beschlossen.

Dafür hat sich auch Katrin Koller-Ferch, Jugendbeauftragte der Stadt und Leiterin des Jugendzentrums ausgesprochen. „Das ist ganz wichtig“, sagte sie, „Jugendliche müssen Konsequenzen spüren.“ Bereits von

Ende November 2005 bis März 2006 war der Sicherheitsdienst engagiert. „Die Situation hat sich drastisch verbessert“, sagte Bürgermeister Dr. Uwe Brandl. Randalen und

HINTERGRUND

Gewalttaten gingen zurück, ebenso die Verschmutzungen in der Abensberger Innenstadt. Aber man sei

„gut beraten, das weiterhin zu tun“, so Dr. Brandl.

Markus Stiegler, Pädagoge bei KAI e.V. sagte, dass der Rückgang der Auffälligkeiten wohl auch auf die Jahreszeit zurückzuführen sei. „Jetzt sind die Jugendlichen wieder mobiler.“ Er geht davon aus, dass die Auffälligkeiten im Herbst wieder zunehmen.

Der neue Vertrag mit dem Sicherheitsunternehmen läuft bis 30. September.